

STAATS- UND UNIVERSITÄTSBIBLIOTHEK HAMBURG
CARL VON OSSIETZKY Von-Melle-Park 3 · D-20146 Hamburg

Titel: Abendausgabe

Autor:

Purl: https://resolver.sub.uni-hamburg.de/kitodo/PPN1754726119_19220421AB

Rechtehinweis und Informationen

Der Inhalt ist gemeinfrei. Das Digitalisat darf frei genutzt werden.

Public Domain

Zum Zwecke der Referenzierbarkeit und einem erleichterten Zugang zum Original bitten wir um folgenden Hinweis bei der Nachnutzung:

Original und digitale Bereitstellung:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg Carl von Ossietzky
+ Signatur + Link zum Digitalisat

Qualitativ höherwertige Reproduktionen können in verschiedenen Formaten und Auflösungen kostenpflichtig erworben werden. Gebühren werden entsprechend der Gebührenordnung für wissenschaftliche Bibliotheken der Freien und Hansestadt Hamburg erhoben.

Sollten Sie das Objekt in Ihrer eigenen Veröffentlichung verwenden, würden wir uns freuen, wenn Sie uns darüber informieren und uns die bibliographischen Angaben Ihrer Publikation mitteilen. Wir freuen uns natürlich sehr, wenn Sie uns zur Information sogar ein Belegexemplar der Publikation zukommen lassen können.

Kontakt für Nachfragen:
Staats- und Universitätsbibliothek Hamburg - Carl von Ossietzky -
Von-Melle-Park 3
20146 Hamburg
auskunft@sub.uni-hamburg.de
<https://www.sub.uni-hamburg.de>

Hamburger Echo

Anzeigen die ersparten unter Ausnutzung der "Hamburger Echo" Anzeigen...
Anzeigen-Annahme...
Ab- und Anzeigen...
Ab- und Anzeigen...

Nr. 186.

Freitag, den 21. April 1922 — Abend-Ausgabe.

36. Jahrgang.

Parlamentsskizze in Sachsen.

Eine Probe auf die „Einheitsfront“ mit Kommunisten.

Ueber die Notwendigkeit der Einigung der proletarischen Parteien ist noch nie soviel geredet worden, wie in diesen Tagen. Jeder Tag zeigt aber aufs neue, daß wir von der Einigung noch sehr weit entfernt sind. Die Koalitionsfrage bildet die tiefe Kluft, die sich fast unüberbrückbar zwischen der SPD. und der USPD. auftut. Diese Frage spielt nicht nur da eine Rolle, wo Sozialdemokraten mit Bürgerlichen zusammen eine Regierung bilden, sondern auch da, wo rein sozialistische Regierungen haben. Hier sind es die Kommunisten, die den sozialistischen Regierungen jeden Tag den Boden entziehen können. In Braunschweig kam es zur Koalitionsauflösung, weil die Kommunisten mit den bürgerlichen Parteien in der Frage der Grund- und Gewerbesteuer stimmten und dadurch die Regierung in der Minderheit blieb. Die Folge war die Landtagsauflösung. Wie in Braunschweig, so sind auch in Sachsen die Kommunisten das Jünglein an der Waage. Auch dort drohen dieselben Steuern an der Haltung der Kommunisten zu scheitern. Als es aber zur Entscheidung kam, waren die Kommunisten klug genug, die Regierung nicht in Gefahr zu bringen. Auch in vielen anderen Fragen haben sie die sächsische Regierung gerettet. Jetzt scheinen sie aber alle Klugheit verloren zu haben. Das Agitationsbedürfnis hat den Sieg davongetragen.

Bei der Abstimmung über den Justizetat lehnten die Kommunisten das Gehalt des Ministers ab, und die bürgerlichen Parteien taten dasselbe. Darauf wurde auch der Justizetat abgelehnt. Die Kommunisten erklärten, sie hätten gar nicht die Absicht gehabt, gegen den Justizminister zu demonstrieren, sondern hätten nur den Justizetat ablehnen wollen. Es scheint ihnen gar nicht klar geworden zu sein, daß mit der Ablehnung dieses Etats auch dem Minister das Gehalt verweigert wurde. Jedenfalls hatten die Kommunisten eine Dummschick gemacht, was sie später auch einsehen. Nach den Differenzen hätte sich deshalb vielleicht noch ein Ausgleich finden lassen. Die Lage erfuhr jedoch eine Verschärfung dadurch, daß in derselben Sitzung, in der die Kommunisten den Justizetat ablehnten, der Antrag der sozialistischen Parteien angenommen wurde, den 1. Mai und den 9. November in Sachsen zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. Die Fraktionen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei hatten wegen dieses Beschlusses einen Antrag auf Volksentscheid angebracht, die Ablehnung des Justizetats aber gar nicht in Betracht. Die Auflösung des Landtags ist zu beantragen, während die Demokraten zunächst nur die Umbildung der Regierung verlangten. Die beiden Reichsparteien haben nun die Anträge wegen des Volksentscheides über die Feiertage und der Auflösung des Landtags offiziell eingebracht. Der Landtag wird sich also alsbald nach seinem Wiederauftritt damit zu beschäftigen haben. Da auch die Kommunisten den Antrag auf Auflösung unterstützen würden, wäre keine Annahme sicher. Über die Kommunisten meinen, es wäre jetzt richtiger, zur Offensive überzugehen und den Landtag durch die Regierung auflösen zu lassen. Nach Lage der Verhältnisse wird auch kaum etwas anderes übrigbleiben.

Die Kommunisten glauben, die Neuwahl des Landtags biete die beste Gelegenheit, die sozialistische Regierung, die jetzt nur über eine Mehrheit von 2 Stimmen verfügt, auf eine breitere Basis zu stellen. Ueber den Ausfall der Wahlen läßt sich natürlich noch nichts Bestimmtes voraussagen, zumal die beiden sozialdemokratischen Parteien wegen des Verhaltens der Kommunisten als soziales anomone Regierungspartei gegenüber den bürgerlichen Angriffen keinen leichten Stand haben wird. Aber selbst wenn es gelänge, den Bürgerlichen einige Mandate abzurufen, dann würden auch im neuen Landtag die Kommunisten das Jünglein an der Waage bleiben und die Regierung könnte wieder jeden Augenblick von ihnen gestürzt werden. Für die Regierung wäre also die Lage ebenso schwierig, wie sie jetzt ist. Für die Sozialdemokratische Partei wäre es jedenfalls sehr schwer, mit der Parole: „Für die sozialistische Regierungskoordination!“ in den Wahlkampf zu ziehen. Sie müßte ihn selbständig durchführen, eine eigene Politik treffen und die Frage nach der Regierungsbildung von dem Ausfall der Wahlen abhängig machen.

Bemerkenswert mag noch werden, daß die Kommunisten die Regierung nach dem Wiederauftritt des Landtags erneut in eine schwierige Lage bringen werden, daß sie dem Gesamtetat nur dann zustimmen wollen, wenn die Regierung eine Reihe von Forderungen erfüllt. Diese Forderungen könnten wohl von den Sozialdemokraten unterstützt werden, gehören aber nicht zur Kompetenz der Länder und sind daher nur zu dem Zwecke eingebracht worden, der Regierung Schwierigkeiten zu machen.

Die parlamentarische Lage in Sachsen wird jedenfalls in der nächsten Zeit die öffentliche Aufmerksamkeit weit über die Grenzen des Landes hinaus auf sich ziehen.

Man wird hier an einem praktischen Beispiel erleben, wozu es führt, wenn die sozialistische Arbeiterschaft sich von den kommunistischen Wirtsköpfen ins Schlepptau nehmen läßt. Schlimm genug für schon, daß ein Land wie Sachsen, das immer gewaltige sozialdemokratische Mehrheiten aufwies und ein Arbeiterstaat im reinsten Sinne des Wortes werden konnte, in seiner Politik heute abhängig ist von den Deutschnationalen, die früher nicht einen einzigen sächsischen Kreis hätten erobern können, jetzt aber durch den Verstand, den ihnen die Kommunisten leisten, eine Macht geworden sind.

Die Antwort der Deutschen in Genoa.

Der Friedensschluß.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“.)

Der Zwischenfall kann als beiseite betrachtet werden. Die Delegationen haben sich geeinigt. Der formale Akt der Beilegung des Konflikts wird heute durch die Übergabe der deutschen Antwort erfolgen. Die Kurze Note wurde gestern in vollem Einverständnis mit allen in Genoa anwesenden Ministern festgestellt. Sie befaßt in ihren wesentlichen Punkten, daß Deutschland bereit ist, vorläufig aus der Kommission für russische Angelegenheiten auszusteigen. Zum Schluß betont die Antwort, daß die deutsche Regierung immer bestrebt war und sich auch weiter bemühen wird, freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten zu erreichen und zu fördern. Es wird einem Wunsch der Entente entsprochen, ohne Deutschlands Interessen irgendwo zu gefährden. Deutschlands Anwesenheit in der Kommission für russische Fragen wäre vielleicht nicht unangenehm, sicher aber bei den obwaltenden Umständen nicht von großem Nutzen. Ohne Zweifel hätte auch die Zeit kommen müssen, in der Deutschland an der Seite Russlands in gewissen Fragen gegen die Ententestaaten gefanden hätte, und ein neuer Zwischenfall wäre die Folge. Nach der jetzigen Haltung der deutschen Regierung wird Russland außerhalb irgendwelcher Gefahr stehen, seine Ansprüchen allein durchzusetzen, ohne daß deutsche Interessen verletzt werden können. Der Wirtschaftsvertrag zwischen Deutschland und Russland bleibt abgeschlossen. Es ist bestimmt zu erwarten, daß ihm weitere gegenseitige Dienste folgen werden. Wir begrüßen das, bedauern an der ganzen Angelegenheit nur, daß die deutsche Delegation 72 Stunden brauchen, um einen Ausweg zu finden, der schon seit Anbeginn der Krise als der geeignetste erschien und fiderlich manchen Austritt hinter den Kulissen vermieden hätte.

Lloyd George vor der Presse.

Wir berichteten bereits im Morgenblatt durch eigenen Drahtbericht von der Verlautbarung der Erklärung des „Zwischenfalls“ von Genoa in einer Pressekonferenz bei Lloyd George. Wir berichten jetzt noch darüber:

Für Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, waren die in Genoa anwesenden Pressevertreter aller Länder nach dem Palazzo St. Giorgi, wo vor zehn Tagen die Konferenz eröffnet wurde, eingeladen worden, um eine Erklärung Lloyd Georges entgegenzunehmen. Der englische Premierminister hielt zunächst eine kurze Rede und beantwortete hierauf eine Reihe an ihn gerichteter Fragen. Er sagte u. a.: Die Konferenz ist nicht am Leben zu erhalten. Die einen wünschen den Krieg, die anderen das Gegenteil. Den letzteren habe ich nichts Ermutigendes mitzuteilen. Wir arbeiten uns durch die Schwierigkeiten hindurch. Der durch Verlust des deutsch-russischen Vertrages herbeigeführte Zwischenfall ist, wie ich hoffe, erledigt und wird keine ferneren Schwierigkeiten mehr machen. Die Mitteilung von dem Abbruch des Vertrages war eine böllige Lächerlichkeit für mich. Es geht jetzt für die Deutschen meines Erachtens viel leichter, als es für die Russen war, den Vertrag zu bekräftigen, oder an den Sitzungen der ersten Kommission nicht mehr teilzunehmen. Ich glaube zu wissen, daß die Deutschen zu letzterem bereit sind. Ich denke deshalb, daß die Sache beigelegt ist. Der Vorfall wurde hinter dem Rücken der Konferenzteilnehmer abgeschlossen. Wenn alle so handeln wollten, müßte die Konferenz zusammenbrechen. Die Note an die deutsche Delegation war meiner Ansicht nach vollkommen berechtigt. Ich hoffe, daß sie eine ausgezeichnete Wirkung auf den künftigen Verlauf der Konferenz ausüben wird. Wenn auch die Gefahr einer derhängnisvollen Störung der Konferenz groß gewesen war, so ist doch keine Rede davon, daß die Russen und Deutschen den Vertragsabbruch in der Absicht vollzogen, die Konferenz zu Fall zu bringen. Ueber diesen Punkt darf kein Mißverständnis bestehen.

Zu den Verhandlungen mit Russland sagte Lloyd George: Ich hoffe, daß heute die russische Antwort einlaßend wird. Ich würde sehr erkrankt sein, wenn sie nicht so lautet, daß sie die Fortsetzung der Konferenz rechtfertigt. Wozum? Was die politische Kommission anbelangt, um die russische Antwort zu prüfen. Ich hoffe, daß die Konferenz wieder zu einem vollen Erfolg führen und zur Beilegung Europas und zur Wiederherstellung des zerstörten Kontinents beitragen. Uebrigens hat der Zwischenfall die Arbeit der Konferenz nicht aufgehalten, da man (sowie auf die russische Antwort warten mußte. Lloyd George schloß: Ich hoffe, die Konferenz wird zu einem vollen Erfolg führen, wie ihn die Ganner Beschlüsse vorsehen, einem Satz, in dem sich die Nationen verpflichten würden, sich jeder aggressiven Haltung zu enthalten. Sollte es nicht dazu kommen, so würde ich die Konferenz für einen Fehlschlag halten. Auf die Frage, wer die Feinde der Konferenz seien, erwiderte Lloyd George: Die Leute, die den Haß in Vermanen erklären und sich über die Konflikte zwischen den Nationen freuen. Der Völkerverbund wird die Aufgabe haben, das Wirken der Konferenz fortzusetzen, aber erst, wenn ihm nicht bloß, wie gegenwärtig, die Hälfte von Europa, sondern wenn ihm alle Nationen Europas angehören. Solange Deutschland und Russland außerhalb stehen, ist kein wahrer Weltfrieden möglich. Lloyd George betonte schließlich mit allem Nachdruck, daß er an einen günstigen Ausgang der Konferenz glaube. Er sei überzeugt, daß die Konferenz zur Wiederherstellung der europäischen Harmonie beitragen werde. Das sei der große Zweck und das Endziel der Konferenz, und er glaube daran.

Poincarés Hintertür.

Die augenblicklich sehr zum Leidwesen Poincarés in Genoa erfolgte Einigung hat ihn auf andere Wege gewiesen, um uns den Vertrag mit Russland doch noch zu durchzusetzen. WTB. meldet darüber aus Paris:

Poincaré erstattete in der Sitzung des Kabinettsrats Bericht über seinen Schritt bei den Regierungen der alliierten Staaten und der kleinen Entente. Dieser Regierungen ist eine Note zugegangen, worin sie ersucht werden, sich über die an Deutschland zu richtende Aufforderung zu verständigen, nach der der deutsch-russische Vertrag von Rapallo annulliert werden müsse. Poincaré ist der Ansicht, daß diese Maßnahme durch Verständigung von Regierung zu Regierung beschlossen werden kann, da nach seiner Auffassung der von den deutschen Vertretern begangene Fehler gewissermaßen über die Kompetenz der Konferenz von Genoa hinausgeht. Der Vorschlag der Aufforderung an Deutschland soll von der Koalitionskonferenz auf Anweisung der alliierten Regierungen beschlossen werden. Falls eine Annullierung der deutsch-russischen Konvention in Genoa nicht zu erreichen wäre, hätte auf diese Weise die Alliierten die Möglichkeit, sie außerhalb der Konferenz zu verlangen.

Die Reparationskommission hat folgende Note veröffentlicht: „Die Reparationskommission hat ihre Aufmerksamkeit dem in Rapallo am 16. April von Athenen als Vertreter der deutschen Regierung und dem Volksminister Tschifergin als Vertreter der Regierung der Sowjetrepublik unterzeichneten Vertrag zugewandt. Im Laufe der heute abgehaltenen Sitzung wurden von der Kommission beschlossene: 1. Von der Kriegskriegs-Kommission eine offizielle Kopie des Vertrages von Rapallo zu fordern. 2. Ihre juristische Abteilung zu beauftragen, sofort und ohne das Eintreffen der erwähnten offiziellen Kopie abzuwarten, die Frage zu prüfen, ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo die Bestimmungen des Vertrages von Versailles berührt, für den allein die Reparationskommission zuständig ist, insbesondere ob und in welchem Maße der Vertrag von Rapallo den Rechten und Vorrechten der Reparationskommission Abbruch tun kann.“

Wirtschaftsfragen im Ausfluß.

(Eigener Drahtbericht des „Hamburger Echo“.)

Am Donnerstag tagte der Ausschuß für materielle Handels- und Wirtschaftsfragen. Krafft betonte, daß Russland grundsätzlich aus praktischen Beweggründen heraus vorläufig an der Aufrechterhaltung der Ausfuhrerlöse festhalten müsse. Erst wenn der Wiederaufbau innerhalb der einzelnen Staaten das ökonomische Gleichgewicht zwischen den einzelnen Ländern und die Stabilisierung der Währungen erreicht sei, könne in Europa die Handelsfreiheit propagiert werden. Für Russland handle es sich aber nicht um unpopuläre kriegsrechtliche Maßnahmen, sondern um Schutzmaßnahmen, die verhindern sollen, daß Russland in eine Kolonie verhandelt wird. Krafft forderte eine systematische Verteilung der Rohstoffe unter die einzelnen Länder und stellte die folgende Note vor: „Die russische Handelsmission überreichte einen Entwurf eines italienischen Abkommens, in dem sich die vertragschließenden Staaten verpflichten, den Handel nicht durch Verbot zu erschweren, abgesehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit, sanitärer Sauberkeit und von Waren, die Gegenstände des Staatsmonopols sind. Die Staaten sind berechtigt, sich gegenüber Waren zu schützen, deren Auslandspreis unter den Herstellungspreisen im Einfuhrland liegt. Im Zweifelsfall ist das internationale Schiedsgericht im Haag anzurufen. Die englische Delegation überreichte einen Abänderungsantrag zum Londoner Memorandum. Zum Schluß wurde folgende Resolution angenommen: 24. April, abends, sind alle in Genoa anwesenden Delegationen berechtigt, Vorschläge über weitere Dispositionen gegenwärtig innerhalb des Londoner Memorandums dem Ausschuß schriftlich zu unterbreiten. Der Ausschuß wird sich darüber beschließen, ob er diese Gegenstände selbst behandeln oder durch eine besonders eingesetzte Sachverständigenkommission behandeln lassen will.“

Die Antwort der Russen.

Was meldet aus Genoa: In den Unterredungen Lloyd Georges vor und nach dem Fehlschlag mit den Führern der alliierten Delegationen, denen sich die Vertreter der kleinen Entente angeschlossen hatten, war die Rede von der Wiederaufnahme der im Ausfluß für russische Angelegenheiten infolge des deutsch-russischen Vertrages unterbrochenen Arbeiten. Die Alliierten verpflichteten am Sonnabend die russischen Vertreter, daß sie die Verhandlungen nicht wieder aufnehmen würden, solange sie nicht den ihnen gestellten Bedingungen zustimmen. Die russische Antwort, die heute als vollkommene Abklärung zu sein. Infolgedessen handelt es sich darum, auf den Vertrag zu verzichten, was der russische Angelegenheiten tun wird. WTB. hat an, daß von offiziellen Verhandlungen mit den Vertretern Wostok keine Rede sein könne. Er sagte hinzu, daß es sehr unwahrscheinlich sei, daß die Vertreter der neutralen Staaten nicht mehr von den eingeleiteten Verhandlungen ferngehalten. Alle alliierten Bevollmächtigten schlossen sich dieser Ansicht des französischen Delegierten an. Es wurde beschlossen, daß der Unter Ausschuß für russische Angelegenheiten morgen vormittag eine offizielle Sitzung abhalten soll, an der außer den Bevollmächtigten der fünf einladenden Mächte Vertreter Schwedens, der Schweiz, Polens und Rumäniens teilnehmen sollen. Die deutschen und russischen Vertreter werden nicht dazu eingeladen. Man wird

die erste Prüfung der russischen Antwort vornehmen und beschließen, ob man die Verhandlungen mit den Sowjetdelegierten fortsetzen soll oder nicht. Im Verlaufe des Nachmittags wird dann der gleiche Austausch offiziell mit den Russen zusammenkommen, wenn ihre Zustimmung, wie es hauptsächlich ist, genehmigt wird.

Ägypten fordert seine Unabhängigkeit.

Der Führer der national-ägyptischen Partei und Vorsitzende des ägyptischen Komitees, Ali Kemal Bei, hat laut Dabas an die Mitglieder der Genuefer Konferenz ein Memorandum gerichtet, in dem er die Unabhängigkeit Ägyptens und des ägyptischen Sudans unter folgenden Bedingungen verlangt: 1. Bedingungslos, uneingeschränkt Unabhängigkeit Ägyptens und des Sudans, 2. internationale Garantien für die Unabhängigkeit unter Beteiligung zum mindesten der großen Mittelmeerländer, 3. Einverständnis Ägyptens mit der dauernden internationalen Intervention, 4. formelle Kontrolle der ägyptischen Finanzen, abgesehen von der öffentlichen Schuld, falls das Komitee auf eine Wiederherstellung verzichtet, kann es nur zum Vorteil Ägyptens geschehen. — Die Wiederherstellung des Friedens in Ägypten ist, wie der ägyptische Parteiführer erklärt, abhängig von der Erfüllung dieser Bedingungen.

Was alles geredet wird.

WTB. meldet amtlich aus Berlin: Zu der Behauptung des „Daily Telegraph“, es stehe die Unterzeichnung einer deutsch-russischen Wiederaufbaukonvention bevor, wird von zuständiger Stelle gesagt, daß der mittlere Teil des deutsch-russischen Vertrages vollständig ist. Es gibt dazu weder geheime Klauseln noch geheimes Abkommen; von einem militärischen Bündnis ist keine Rede. Der englische Bericht ist in vollem Umfang erfunden. Wozu zu bemerken wäre, daß die Zeit, sich an Mißverständnissen zu beteiligen, für Deutschland ein für allemal vorüber ist.

Reichsland Oberschlesien.

Einen beachtenswerten Vorschlag macht in dem ober-schlesischen Zentrumblatt „Die Volkstimme“ der Führer des ober-schlesischen Problems, Wliska wiederholt die schon früher von den Autonomisten ausgegebene Parole, die Form der Autonomie sei gleichgültig, wenn nur eine erweiterte Selbstbestimmung Ober-schlesiens möglich würde. Er will die Agitation für die Landesautonomie fortsetzen und in der Volksabstimmung zum Siege führen. Wenn dieser Sieg errungen ist, wünscht er ihn aber nicht mehr im Sinne der Ausgliederung eines selbständigen deutschen Landes Oberschlesiens nach dem Vorbilde Bayerns oder Wadens auszuwerten, sondern will aus Oberschlesien ganz nach freier Entscheidung der ober-schlesischen Volksgemeinschaft und Vereinbarung mit dem Reich ein Reichsland machen. In der Eigenart der inner- und außerpolitischen Bedeutung der ober-schlesischen Frage findet er diese Befreiungsform genügend begründet. Dafür spricht auch die Tatsache, daß das ober-schlesische Abstimmungsgebiet auf 15 Jahre unter die besonderen Reichsverhältnisse des deutsch-polnischen Abkommens von Genf fällt. Für die Umgestaltung dieses Abkommens sei nicht Preußen, sondern das ganze Reich verantwortlich. Was läge da näher, als daß das Reich mit der Verantwortung auch die Regierung und die Verwaltung dieses Gebietes unmittelbar übernehme.

Wliska glaubt, mit diesem Vorschlag den sozialdemokratischen Gedankenkreisläufen einer gleichzeitigen Vereinfachung, Zentralisierung und Demokratisierung der Reichspolitik entgegenzukommen. Oberschlesien kann seiner Meinung nach die erste Rolle werden für die Neugliederung des Reiches im Sinne streifer Zusammenfassung, sparsamer Verwaltung und größerer Vereinfachung.

Wir halten diesen Vorschlag um so mehr für beachtlich, als er den unserer Meinung nach richtigen Weg zeigt, um auch die Hamburg-Frage aus der Sackgasse herauszubringen, in die sie durch das eigenartige Verhalten der preussischen Regierung und ihrer Unterhändler geraten ist. Dieses ganze Verhalten, insbesondere auch die überdiplomatische Scheu der jetzt in Atona weilenden preussischen Landtagskommission vor jeder Berührung mit der breiten Öffentlichkeit, läßt wenig Aussicht auf eine Erfüllung der Groß-Hamburg-Pläne im Sinne der arbeitenden Bevölkerung. Dann bleibt eben nur übrig, den Weg zur Reichs-proving oder zum Reichsland zu beschreiten, wie Dr. Köster ihn vor Jahr und Tag hier schon einmal empfohlen hat. Der preussische Widerstand würde sich zwar auch dagegen stemmen, einem Reichsland Hamburg das zu gewähren, was es im Reichsinteresse bräucht, aber dieser Widerstand müßte und würde dann selbst bedrohen werden, weil alle nicht preussisch-partikularistischen Kräfte sich gegen ihn bereinigen ließen.

Durch verhältnismäßig kleine Opfer und kluges Entgegenkommen hätte Preußen der Neugliederung des Reiches, die doch einmal kommen muß, weil sie im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung liegt, selbst die Wege ebnet und sich als Führer des innerpolitischen Fortschritts in Reichsland heranziehen können. Statt dessen hindert es die organische Zusammenfassung Württembergs mit der Groß-Hamburgs, und wird es so auch dahin bringen, daß sich Oberschlesien von ihm löst.

Stand des Dollars (vordörstlich) 280.

Das Magdum Dörte Brühjävers.

Von Willy Sarmas.

„Gathe seine Frau das gesagt? Sie, die im Grunde allein die Schuld trug? Sie wollte die ganze Sache umkehren und ihn noch gar ins Unrecht setzen? Und ihm bei sie das hier ins Gesicht? Er schlug die Rasse auf in seiner Stimme, als er seine Frau anstarrte. Wut, Wut lag in seiner Stimme, als er seine Frau anstarrte. „Und das magst Du mir so sagen? Der hat es denn auf dem Gewissen, daß es soweit gekommen ist? Du allein! Du hast den beiden das vorgeberdet! Ihm hab ich das Verbot mit dem Handbuch ausgelesen. Dort steht er beim Oten — hüt hüt!“

„Was hast du da für eine Idee? Du allein! Du hast den beiden das vorgeberdet! Ihm hab ich das Verbot mit dem Handbuch ausgelesen. Dort steht er beim Oten — hüt hüt!“

„Mutter, was hatte Vater beim Kaffee? Ich sah ihn eben weg-fahren.“

„Dörte hatte sich auf einen Stuhl gesetzt, um die Schalen von den Tassen zu entfernen. Während Magdalena Brühjävers sprach, freude sie die sich schließende Tür ihrer Tochter: „Dörte, sag, hast Du Deinen Mann hier?“

„Mutter, was hatte Vater beim Kaffee? Ich sah ihn eben weg-fahren.“

„Dörte hatte sich auf einen Stuhl gesetzt, um die Schalen von den Tassen zu entfernen. Während Magdalena Brühjävers sprach, freude sie die sich schließende Tür ihrer Tochter: „Dörte, sag, hast Du Deinen Mann hier?“

„Mutter, was hatte Vater beim Kaffee? Ich sah ihn eben weg-fahren.“

„Dörte hatte sich auf einen Stuhl gesetzt, um die Schalen von den Tassen zu entfernen. Während Magdalena Brühjävers sprach, freude sie die sich schließende Tür ihrer Tochter: „Dörte, sag, hast Du Deinen Mann hier?“

